

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/137

Bonn, den 22. Juli 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 1a	Ohne eigene Initiativen geht es nicht	83

Bonn nach dem Besuch des französischen Staatspräsidenten

Von Günter Markscheffel

2 - 3	Wie die Fairness zu Tode geritten wird	72
-------	--	----

NRW gibt das Beispiel

4 - 5	Im Urteil der Öffentlichkeit	70
-------	------------------------------	----

Die miserable Presse - Meyers macht es ...schlecht !

6	"Heute für morgen"	43
---	--------------------	----

Zur Traufführung eines instruktiven Films der Arbeiterwohlfahrt

+ + +

Ohne eigene Initiative geht es nicht

---

Bonn nach dem Besuch des französischen Staatspräsidenten

Von Günter Markscheffel

Nach dem Abschluß des deutsch-französischen Konsultationsgespräches kann man mindestens sagen, daß sich die Atmosphäre zwischen Paris und Bonn verbessert hat. Die politischen Ergebnisse der langen und auf höchster Ebene geführten Unterhaltungen sind dagegen vage. Bundeskanzler Erhard hat sich zu Recht bei Staatspräsident de Gaulle für dessen klare Haltung bedankt, die dieser während seiner Reise in die Sowjetunion zum Deutschlandproblem eingenommen hat. Umgekehrt hat de Gaulle versichert, ohne ein ganzes Deutschland sei kein ganzes Europa möglich. Außerdem hat man auf beiden Seiten betont, die Anwesenheit französischer Truppen auf deutschem Boden solle gewährleistet werden.

Wir meinen, daß diese durchaus erfreulichen Feststellungen zunächst ausreichen dürften, um das deutsch-französische Verhältnis nicht zu verschlechtern. Andererseits ist es aber ebenso sicher, daß die beiderseits gesprochenen freundlichen Worte einer politischen Interpretation bedürfen, bevor man sagen kann, was sie eigentlich bedeuten.

- \* \* \*
- \* Die Feststellung, daß es ohne ein ganzes Deutschland kein ganzes Europa gebe, ist keineswegs neu. Sie ist in fast allen Erklärungen unserer westlichen Bündnispartner enthalten. Viel
  - \* entscheidender ist die Frage, wie ein ganzes Deutschland
  - \* und - darüber hinaus - ein ganzes Europa erreicht werden kann.

Dem Vernehmen nach soll de Gaulle in Bonn erklärt haben, die Sowjetunion sei zur Zeit unter keinerlei Bedingungen bereit, der Wiedervereinigung Deutschlands zuzustimmen. Hier beginnt schon das Rätselraten. Bisher hat man in Moskau gesagt, die Deutschen sollten ihr Schicksal unter sich selbst regeln. Pankow und Bonn sollten eine Konföderation, bestehend aus "zwei deutschen Staaten", bilden und später werde man weiterschen...

Die Bundesregierung hat die oben erwähnten Erklärungen des französischen Staatspräsidenten zur Kenntnis nehmen müssen, und wer die am Donnerstag Abend über das Fernsehen gesendete Ansprache des Bundeskanzlers mit Aufmerksamkeit verfolgt hat, dürfte verstanden haben, daß Erhard ebenfalls weitere Bemühungen in der deutschen Frage zur Zeit für sinnlos hält. Dafür hat er sich erneut zu einem direkten Gespräch zwischen Bonn und Moskau angeboten und außerdem die bekannte französische These übernommen, wonach die Entspannung in Europa durch bilaterale Kontakte zwischen westeuropäischen und den kommunistisch regierten osteuropäischen Staaten - natürlich unter Ausklammerung von Pankow - angestrebt werden soll.

- \* Auch das ist nichts Neues, wenn man bedenkt, daß der Bundestag
- \* schon im Juni 1961 (!) bei der einstimmigen
- \* Annahme des JAKSCH-BERICHTES erklärt hat, die Bundesre-
- \* publik wolle ihre Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten
- \* verbessern.

\* \* \*

\*

Bleibt das Problem der Stationierung französischer Truppen auf deutschem Boden. Man will jetzt eine Kommission einsetzen, die unter Zugrundelegung des Stationierungsvertrages von 1954 ohne juristische Spitzfindigkeiten klären soll, inwieweit die Anwesenheit französischer Truppen in Deutschland ohne Verletzung der bundesrepublikanischen Souveränität in beiderseitigem Einverständnis gebilligt werden kann. Das ist die formale Seite dieser Angelegenheit; sie dürfte relativ leicht geklärt werden können. Die militärische Aufgabe der französischen Truppen auf deutschem Boden bleibt aber noch ungeklärt, weil Frankreich ja bekanntlich bis jetzt nicht zu erkennen gegeben hat, ob es bereit ist, seine früheren Bündnisverpflichtungen im Falle eines Angriffs auf den freien Teil Deutschlands zu erfüllen. De Gaulle hat zwar gesagt, Frankreich werde in einem solchen Falle an der Seite seiner Bündnispartner kämpfen. Das ist eine erfreuliche Mitteilung, jedoch müßte das WIE schon in Friedenszeiten eindeutig festgelegt werden.

\* \* \*

\*

Sicher wird man erst in einigen Tagen etwas genauer erfahren, was nun tatsächlich bei den sehr intensiv geführten deutsch-französischen Konsultationsgesprächen auf höchster Ebene herausgekommen ist. Hat de Gaulle - wie man noch in der Nacht von Donnerstag zu Freitag von französischen Korrespondenten hören konnte - tatsächlich dem Bundeskanzler aus dem Krenl eine direkte Aufforderung zu Gesprächen zwischen Moskau und Bonn mitgebracht? Ist die Fernschredo Erhards am Donnerstagabend so zu verstehen, daß man unter Umgehung von Pankow einen erneuten Anlauf zu Direktverhandlungen mit Moskau nehmen will? Ist der Besuch des Bundesministers Stoltenberg in Leningrad und Moskau schon in diesem Zusammenhang zu sehen? Hat de Gaulle den Bundeskanzler in dieser Absicht bestärkt? Will Frankreich die Entscheidung über den Status französischer Truppen auf deutschem Gebiet solange hinausschieben, bis die Bundesregierung bereit ist, jenen französischen Vorschlag zu akzeptieren?

Das alles sind offene Fragen, die hoffentlich bald beantwortet werden können. Die Bundesregierung steht vor der nicht einfachen Aufgabe, den Prozeß der Klärung durch eigene Initiative zu fördern.

\* \* \*

Wie die Fairness zu Tode geritten wird

NRW gibt das Beispiel

Der - Recht kritische Fragen stellt heute die deutsche Öffentlichkeit an die CDU. Wohin geht diese Partei, von welchen Grundsätzen läßt sie sich leiten, gilt für sie noch das Prinzip des Föderalismus und sind für sie Begriffe wie Fairness und die Beachtung der Grundregeln des Parlamentarismus noch verpflichtende Normen? In Düsseldorf wurde in diesen Tagen der föderalistische Gedanke zu Tode geritten. Die Regierungsbildung, die der im Wahlkampf geschlagene CDU-Ministerpräsident Meyers nun in der kommenden Woche versuchen will, geschieht mit Rücksichtnahme auf Bonn, gesehentlich auf Bundeskanzler und CDU-Vorsitzenden Erhard, den eigentlichen Verlierer der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen.

Wohlverstandene Landesinteressen würden gebieten, den Sozialdemokraten als stärkste Partei die Führung der Landespolitik zu überlassen. Die Hälfte der Wähler wünschte den Wechsel in der Regierungsspitze. Sie hatte und hat dafür gute Gründe. Doch die CDU unter dem Druck Bonns negiert diesen durch den 10. Juli ausdrücklich bekundeten Willen; sie klammert sich an die alten Machtpositionen, sie nimmt das Ergebnis der Landtagswahl nicht zur Kenntnis; sie will die stärkste Partei dieses Landes außerhalb jeder Regierungsverantwortung halten. Entspricht dies guten parlamentarischen Sitten und den Geboten der Demokratie? So kann nur die Führung einer Partei handeln, die zu den Grundwerten der Demokratie in einem distanziereten Verhältnis steht. Ein solches Verhalten fördert den Zynismus und die Staatsverdrossenheit, macht alle politische Bildungsarbeit im Sinne der Erziehung des Bürgers zum verantwortlichen Staatsbürger zunichte.

Welches Anschauungsmaterial wird hier unserer jungen Generation geboten! Es verletzt ihren Sinn für Fairness und Redlichkeit. Auch bei jüngeren CDU-Politikern herrscht ob der Düsseldorfer Entwicklung Unbehagen, sie ahnen die gefährlichen Folgen, die daraus für ihre Partei entstehen, und nicht nur für die CDU allein.

Der CDU fällt es schwer, als demokratische Partei beispielhaft für die Demokratie und stilprägend für das Verhältnis der Parteien untereinander zu wirken. Mit der Rolle eines Verlierers kann sie sich nicht abfinden. Sie glaubt, die Staatsmacht für ewige Zeiten gepachtet zu haben, und sie findet viele fragwürdige Mittel, das Veto des Volkes zu umgehen oder zu verfälschen. Das kann für Land und Volk nicht gut ausgehen. Ei-

ner Regierung Meyers, sollte sie zustande kommen, fehlt die Autorität. Wer kann und wird ihr noch Respekt bezeugen?

Auch in der CDU gibt es viele ehrliche Männer und Frauen. Sie verfolgen als Überzeugungstreue Demokraten mit großer Sorge die Entwicklung in ihrer Partei, das Überhandnehmen der konservativ rückwärts gewandten Tendenzen. Welche Rolle spielen überhaupt noch die Sozialausschüsse, spielt der sagenhafte linke Flügel? Er ist atomisiert und um jeden Einfluß gebracht. Er hat auch keinen Rückhalt mehr bei den Arbeitnehmern. Das beweisen die Wahlergebnisse vom 10. Juli. Der sozial denkende, nach sozialer Gerechtigkeit strebende Bürger findet in der CDU keine Stütze. Er sieht in ihr eine politische Kraft, die sich blind zeigt gegenüber den Erfordernissen unserer Zeit. Sie macht nur in Tagespolitik ohne Perspektiven für eine gesicherte, das Volk vor Gefahren schützende Zukunft.

Die Niederlage vom 10. Juli mußte kommen. Die Unfähigkeit der CDU, mit sich selbst und den Problemen unserer Industriegesellschaft fertig zu werden, haben sie herbeigeführt. Das gab einen fürchterlichen Schock, der noch lange erhalten wird. Noch greift die Krise, in der sich die CDU befindet, nicht an die Wurzeln ihrer Existenz, aber sie erschüttert ihre Grundlagen, erzeugt Unsicherheit und Verwirrung und läßt die Sehnsucht nach einem "Retter" aufkommen. Er heißt nicht Ludwig Erhard. Seine Tage sind vorbei, seinen Händen entglitt die Zukunft. Die Suche nach einem neuen Mann hat schon begonnen; nicht öffentlich, aber in dem inneren Zirkel. Die CDU kann sich nicht entschließen, einen für sie unvermeidlichen Schritt schon jetzt zu tun. Sie hält noch an Erhard fest, auch um den Preis der Opferung parlamentarischer Spielregeln im bevölkerungsreichsten Land der Bundesrepublik. Sie nimmt sogar, weil sie ihrer inneren Schwierigkeiten nicht Herr wird, weil sie in sich hoffnungslos zerfahren ist, die Entblutung des demokratischen Gedankens in Kauf.

Hier wird ein allzu hoher Preis bezahlt, er schließt mit der Ausschaltung der Sozialdemokratie aus der Regierungsverantwortung die Preisgabe der Landesinteressen von Nordrhein-Westfalen ein; nur weil es Herrn Erhard gefällt. Dies kann nicht ohne tiefgreifende Wirkungen auf das innenpolitische Klima bleiben. Noch niemals in der deutschen Geschichte führte die einseitige Frontstellung gegen die Sozialdemokratie zu guten Dingen. Zunächst jedoch verursacht die Krise in der CDU die Führungslosigkeit des Regierungsschiffes, während ringsherum mächtige Wellen an Mannschaft und Schiff schlagen.

In Urteil der Öffentlichkeit

Die miserable Presse - Meyers macht es ... schlecht !

sp- In führenden CDU-Kreisen, in Düsseldorf wie in Bonn, macht man sich schwere Sorgen über die schlechte Presse, die zur Zeit wie eine Sturzflut über sie hereinbricht. Der Mann, dem eigentlich die ganze Kritik gilt, nämlich dem Bundeskanzler, er verschanzt sich hinter einen Wall von Schweigsamkeit in der Hoffnung, daß nach dem Sturm die Flaute einsetzt und daß er sein leckes Regierungsschiff doch noch in einen sicheren Hafen einlaufen lassen kann. Nachfolgend einige Stimmen aus Zeitungen, die keineswegs der SPD nahe stehen.

\* \* \*

CHRIST UND WELT 15. Juli 1966

"Er war es (Erhard), der gesagt hatte, erst bei den Wahlen in NRW würden die Bundestagswahlen gewonnen werden. Jetzt, da diese Landtagswahlen eine Art Volksentscheid gebracht haben, wollen starke Kräfte der CDU-Führung in Bonn das Ergebnis manipulieren.

Nachdem man die schwerste Niederlage dieser Partei in der Nachkriegsgeschichte auch nur eine einzige Nacht überschlafen hatte, beschloß man, sie wie einen Verkehrsunfall zu behandeln. Totalverlust ist nicht eingetreten. Bloßschaden kann man reparieren. So einfach geht das zu...

An diesem Sonntag ist dieser von der CDU sorgsam gehegte Mythos zerstoßen..."

\* \* \*

REINISCHE POST 16. Juli 1966

"In diesem Stile darf es nicht weitergehen, wenn nicht am Schluß alle demokratischen Kräfte zu Verlierern werden wollen. Noch ist es Zeit, in der zweiten Woche nach der Wahl in sachlicher Koalitionsverhandlungen die Bemühungen um eine stabile Regierung in Düsseldorf fortzusetzen."

\* \* \*

BERLINER INFORMATIONSPRIEFE 16. Juli 1966

"Die Niederlage der CDU in NRW ist vor allem eine Niederlage des Bundeskanzlers und seiner Wippschaukel-Politik, bei der niemand mehr erkennt, was er will und was er durchzusetzen beabsichtigt. Es ist durchaus nicht so, daß viele Wähler diesmal von der CDU absprangen und die SPD wählten, weil sie Angst vor der materiellen Zukunft haben, sondern die Niederlage der CDU ist vor allem darauf zurückzuführen,

daß immer mehr Wähler das Vertrauen zur Politik der Bonner Regierungskoalition verlieren..."

\* \* \*

DIE WELT 20. Juli 1966

"Zu glauben, das Rezept, mit dem die erkrankte Partei über Nacht wieder gesunden könne, wäre dabei von einem Partei-Oberen aus der Tasche gezogen worden, wäre unrealistisch. Zu hoffen, daß sich die führenden Männer der Christlichen Demokraten über die personalpolitischen Konsequenzen einig sind, wäre naiv. Dennoch zeichnet sich die politische Richtung ab, in der die politische Energie der angeschlagenen Partei in den nächsten Monaten strömen wird.

Erhard bleibt Bundeskanzler - zunächst jedenfalls.

Die CDU hat keine überragende Persönlichkeit, auf die sich heute schon ihre verschiedenen Gruppen ohne Gefahr der Zerfleischung einigen könnten..."

\* \* \*

RHEINISCHE POST 20. Juli 1966

"Wir hätten Meyers den Wahlsieg gegönnt und wir glauben auch, daß er wieder eine sehr gute Regierungsmannschaft zusammenstellen wird. Doch kann das über den wesentlichen Punkt nicht hinwegtäuschen: hier bilden CDU und FDP, die Verlierer des 10. Juli, eine Regierung gegen Gewinner, gegen die stärkste Landtagsfraktion. Klug ist das nicht, und es besteht wenig Aussicht, daß das Experiment einen guten Ausgang nimmt..."

\* \* \*

HANDELSBLATT 20. Juli 1966

"Vom Wahltag an mußte es den Politikern klar sein, daß eine Regierung, die den Wahlsieger nicht beteiligt, auf Verständnislosigkeit in der Bevölkerung des Landes stoßen würde. Man warnte sie, so zu tun und zu handeln, als sei nichts geschehen, während doch in der Tat der Wahlausgang als "Niederlage" der CDU - auch von ihr selbst - empfunden wurde. ... Diese Regierung würde als "Koalition der Verlierer", als "Stich-auf-Kabinetts" ihr Ansehen nur schwer verteidigen können, und es würde nicht verstanden werden, wenn eine Koalition nur zum Zweck der Ausschaltung der SPD installiert werde. Diese einleuchtenden Argumente haben offenbar wenig Eindruck auf die CDU-Fraktion gemacht..."

\* \* \*

HANDELSBLATT 20. Juli 1966

"In der Hauptstadt von NRW will sich der persönlich (Meyers macht es) schwer geschlagene Ministerpräsident Franz Meyers am Montag von seiner dezimierten Koalition wieder auf den Schild heben lassen. Nach dem zähen Ringen der letzten Zeit um taktische Vorteile konnte der Entschluß zur Kleinen Koalition nicht mehr überraschen. Trotzdem, diese Regierung, die so klar dem Wählerwillen an Rhein und Ruhr widerspricht, löst nun, da sie unmittelbar bevorsteht, größeres Unbehagen aus als in der Zeit unverbindlicher Spekulationen. Die Folgen sind noch nicht in ihrer ganzen Tragweite abzusehen, doch scheinen einige Konsequenzen fast unvermeidlich..."

\* \* \*

"Heute für morgen"

Zur Uraufführung eines instruktiven Films der Arbeiterwohlfahrt

Die Not - Fürsorgearbeit in unserer Zeit ist keine Armeenpflege mehr. Die Not hat sich in unserer modernen Gesellschaft vielfältige neue Gestalt gesucht, neue Schlußwinkel, wo sie weniger sichtbar ist als ehemals, jedoch nicht minder bitter.

Den blanken Hunger, die nackte materielle Existenznot der Besitzlosen galt es zu erkennen und zu lindern, als 1903 die Kinderarbeit gesetzlich untersagt wurde, als resolute Arbeiterfrauen morgens um vier vor Fabriktor zogen, um dennoch arbeitende Kinder aus den Ström herauszupicken, als sie begannen, sich in den Familien solcher Kinder umzusehen und ihnen in ihrem teilweise unsäglichen Elend durch freiwillige, selbstlose, durch keinen staatlichen oder privaten Finanzausschuß geförderte Hilfe beizustehen.

Aus dieser ersten, aus der Not geborenen Fürsorge von Arbeitern für Arbeiter entwickelte sich, unterbrochen von den Kriegsjahren 1914-18, eine starke Organisation, die 1919 von Marie Juchacz als ein Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege unter dem Namen Arbeiterwohlfahrt offiziell gegründet wurde. Diese Organisation, 1933 wie alle Verbände der Arbeiterschaft verboten und verbannt, stand 1945 wie von selbst, ja, stärker als zuvor wieder auf; sie leistete mit wachsenden Kräften ihren Beitrag zum Aufbau und zur Verbesserung unseres neuen demokratischen Staatswesens.

Wie sehr sich jedoch im Laufe der Geschichte dieses Verbandes die Aufgaben, die ihm gestellt sind, und die Mittel zu deren Lösung, die er anwendet und anwenden kann, verändert haben, das spricht aus den Bildern des Films, den der Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt am 22. Juli in einer Bonner Uraufführung vorstellte. Farbig wird hier ein umfassender Überblick über die Tätigkeit des Verbandes vermittelt: Lichte, luftige Häuser, freundlich eingerichtet, ausgestattet mit den modernsten Mitteln für ihre Zweckbestimmung; so das Wohnheim für ledige Mütter und ihre Kinder, Studenten- und Lehrlingswohnheime, die großartigen Einrichtungen für Heilpädagogik und für die Förderung geistig Behinderter, so die zahlreichen Stätten für Kranke und Erholungsbedürftige, für alte Menschen und Kinder; und auch die Ausbildungseinrichtungen für den fürsorgerischen Nachwuchs.

Die Bilder dieses Filmes sprechen die Sprache unserer Zeit. Sie zeigen, daß ein Wohlfahrtsverband heute kaum noch vor der Aufgabe steht, äußere, materielle Not zu bekämpfen; er hat es mit den inneren Schäden unserer Zivilisation zu tun. Er hat es mit Aufgaben zu tun, deren Lösung nicht allein jetzt und hier von Bedeutung ist; sondern weit in die Zukunft hinein. Die Arbeiterwohlfahrt zeigt in Wort und Bild, daß sie dies erkannt hat und ihm gewachsen ist. Der Titel des Films, "Heute für morgen", ist zugleich ein Programm.